

Europapolitik: Zwei Länder zwischen Königs- und Holzweg



Marc Brühlmann von der Universität Bern leitete durch den Abend.
(Fotos: Paul Trummer)

BENDERN - In einigen Tagen jähren sich die EWR-Abstimmungen in Liechtenstein und der Schweiz zum 30. Mal. Die unterschiedlichen Ergebnisse haben die beiden Länder zwar nicht entzweit, aber auf unterschiedliche Pfade Richtung europäische Integration geschickt. Liechtenstein profitiert dabei bis heute vom EWR-Nein der Schweiz.

von
Heribert Beck

Plus - Artikel

Dank Ihrem Volksblatt-Abo können Sie diesen Artikel exklusiv lesen.

Die Währungs- und die Zollunion mit der Schweiz sind für Liechtensteins Bevölkerung die bedeutendsten Abkommen mit den höchsten Zustimmungswerten, wie zwei Umfragen des Liechtenstein-Instituts in den vergangenen Jahren gezeigt haben. Gleich danach folgt der EWR. Das europapolitische Abkommen wird ebenfalls überaus positiv bewertet. Ganz anders ist dies beim Nicht-Mitglied Schweiz, das einen Beitritt im Dezember 1992 noch denkbar knapp mit 50,3 Prozent Nein-Stimmen ablehnte. Eine Woche später sagte Liechtenstein mit beinahe 56 Prozent ja, drei Jahre später nochmals mit einem fast identischen Ergebnis. In der Folge entwickelte sich Liechtensteins Wirtschaft für einige Jahre deutlich besser als jene der Schweiz, während dort andere Wege der europäischen Integration gesucht und gegangen wurden. Mit «Rosinenpickerei» haben sich seither beide Länder beschäftigt, wie die Politologen Christian Frommelt, Direktor des Liechtenstein-Instituts, und Marc Bühlmann, Professor an der Universität Bern, am Montagabend aufzeigten.

Königswege aus einem Scherbenhaufen

Bühlmann nahm Bezug auf das Buch «Schweiz – EU: Sonderwege, Holzwege, Königswege», das er zusammen mit anderen Wissenschaftlern geschrieben hat. Der Titel fasse die 30 Jahre, die auf das knappe EWR-Nein folgten, gut zusammen. Mit den Bilateralen Verträgen hat die Schweiz ihre Beziehungen zur EU in verschiedensten Bereichen geregelt. Zugeständnisse seien vor allem dort gemacht worden, wo sie nicht wehtaten. Andere Kompromisse und Sonderwege im Verhältnis der Schweiz zu Europa seien für manche Parteien der Königsweg, für andere der Holzweg gewesen. Wobei sich die Ansichten der Parteien auch ändern konnten. «Die Grünen waren 1992 mit der SVP zusammen gegen den EWR-Beitritt, da die Schweiz eine fortschrittlichere Umweltpolitik betrieb als die EU. Heute gilt ihnen die EU als Partnerin im Kampf gegen den Klimawandel», sagte Marc Bühlmann und verwies darauf, dass die Partei, oder Teile davon, sogar mit einem EU-Beitritt liebäugelten. Der bekennende Europa-Befürworter Bühlmann, der 1992 gar ans Auswandern dachte, «wobei mir Liechtenstein nicht in den Sinn gekommen ist», blickt trotz des Scheiterns des Rahmenvertrags im

vergangenen Jahr optimistisch in die Zukunft. «Was auf dem Scherbenhaufen von 1992 entstanden ist, hat 30 Jahre ganz gut funktioniert. Ich bin überzeugt, dass die Schweiz auch in Zukunft neue Königswege finden wird.»



Der Vortrag fand im Liechtenstein-Institut statt.

Musterschüler statt Rosinenpicker

Christian Frommelt ging auf die zahlreichen Sonderwege ein, die unterschiedlichste Staaten in ihrem Verhältnis zur EU haben. Der EWR ist nur einer davon, der aber gerade für Liechtenstein nochmals von zahlreichen Sonderlösungen geprägt ist, von denen die eingeschränkte Personenfreizügigkeit lediglich die bekannteste, aber bei Weitem nicht die einzige ist. «Sie basieren vor allem auf den fehlenden Kapazitäten Liechtensteins», sagte Frommelt, verwies aber auch noch auf andere Gründe. «Die EU hat Liechtensteins Integrationswillen erkannt, und die EWR-Staaten sind im Vergleich zur Schweiz Musterschüler. Wenn im regelmässigen Dialog mit der EU 80 Vorschriften übernommen werden, fällt es leichter deren fünf abzulehnen.» Dass Liechtenstein wie seine Partner Island und Norwegen diesbezüglich geschickt verhandelten, sei neben den wirtschaftlichen Vorteilen ein weiterer Grund für die hohen Zustimmungswerte des EWR. Hinzu komme, dass die Beziehungen zur Schweiz nicht merklich gelitten hätten und dass es bisher auch keine Kollisionen mit der direkten Demokratie gegeben habe. Des Weiteren lägen die guten Werte des EWR und die schlechten der EU an einer selektiven öffentlichen Wahrnehmung.

«Was als Erfolg des EWR gesehen wird, zum Beispiel der Wegfall von Roaminggebühren, ist in Wahrheit oft ein Erfolg der EU», sagte Frommelt, der ebenfalls kurz darauf einging, dass die drei EWR-Länder mit einer Stimme sprechen müssten, was auch Liechtenstein die Möglichkeit gebe, Vorgänge zu blockieren. «Liechtenstein, Island und Norwegen haben sich aber arrangiert. Daher funktioniert das System. Und darum ist es mir auch lieber, dass die Schweiz nicht dabei ist», sagte Christian Frommelt mit einem Schmunzeln auf den Lippen. Wenn die Schweiz also aus Sicht der EU wieder einmal auf dem Holzweg ist, trägt sie dazu bei, dass die EWR-Staaten weiterhin als Musterschüler gelten dürfen statt als Rosinenpicker.

(hb)